

Buchpräsentation  
**Hannes Androsch: Das Ende der Bequemlichkeit  
7 Thesen zur Zukunft Österreichs**  
Festsaal der Österreichischen Akademie der Wissenschaften  
25.09.2013

(Transkript)

**Dr. Hannes Androsch über das Buch „Das Ende der Bequemlichkeit! Warum?“**

Meine sehr geehrte Damen und Herren, aber noch sehr viel mehr liebe zahlreiche, über alle möglichen Wegstrecken Wegbegleiter, aber vor allem liebe Freunde, auch vor allem meine Familie – zunächst der Akademie herzlichen Dank für die Gastfreundschaft, die Sie uns heute einmal mehr hier in diesem wunderschönen Saal gewähren, und zum anderen für Ihre freundlichen Worte. Besonders freue ich mich, dass der Herr Staatssekretär und der Gouverneur der Nationalbank hier sind. Dazu gleich eine Bemerkung, sozusagen pro futuro: Für die Stabilität eines Landes durchaus im europäischen Kontext ist ganz wichtig, wie eng Finanzministerium und Notenbank zusammenarbeiten. Wenn das funktioniert, funktioniert nicht notwendigerweise alles, aber eine ganze Menge. Wenn das nicht funktioniert, gibt's keine Kanzler und auch keine Kanzlerin, die das korrigieren kann. Dafür – mein Freund Klaus Liebscher wird das bestätigen – gibt's leider allzu viele negative bestätigende Beispiele.

Was ficht einen an, sich in vorgerückten Jahren überhaupt noch zu engagieren? Warum wird man des Öfteren gefragt: „Warum tun sie sich denn das alles noch an?“ Berechtigte Frage, kann man einfach beantworten: Egotrieb, Selbstdarstellung wird schon auch motivatorisch eine Rolle spielen, will ich gar nicht bestreiten.

Andererseits aber möchte ich einmal mehr auf folgenden Umstand hinweisen. Ungefähr meine Generation – altersmäßig – war die erste, die noch den Krieg bewusst erlebt hat und natürlich den Mangel in der Nachkriegszeit, und hatte das Glück, ihren Lebensweg beschreiten, bestimmen, gestalten zu können in einer Zeit der Freiheit, des Friedens, der Stabilität, des zunehmenden Wohlstands, der sich ausweitenden Wohlfahrt. Und das nicht zuletzt nicht ohne Unterstützung der Amerikaner, vom Marshallplan bis zur Wiedervereinigungsunterstützung der beiden bis dahin deutschen Staaten. Das sind bald 70 Jahre vom Kriegsende weg. Günther Steinbach hat das bei meinem kürzlichen Geburtstag sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Vergleichen Sie diese 70 Jahre mit

den vorangegangenen, die unsere Eltern oder Großeltern bis zu unseren Urgroßeltern erleben haben müssen.

Es war mir eine Ehre, mit ihm befreundet gewesen zu sein: Der bedeutende Historiker Eric Hobsbawm, der vergangenes Jahr mit 95 verstorben ist und Wiener Wurzeln hat, hat in einem seiner Werke – deren gibt es viele, aber vier davon spannen einen Bogen von der Französischen Revolution zunächst bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, der sich erinnerungsmäßig nächstes Jahr jährt. Diesen Zeitraum hat er als das lange 19. Jahrhundert bezeichnet, zum Unterschied von dem kurzen nach 1918 bis zum Fall der Berliner Mauer oder, für uns relevanter noch, dem Zerschneiden des Eisernen Vorhangs.

Das Buch über das kurze 20. Jahrhundert hat er genannt „Das Zeitalter der Extreme“. Und in der Tat war es das. Und in Ergänzung zum vorher Gesagten: Eltern und Großeltern hatten den negativen Teil der Extreme zu erleben und opferreich zu erleiden gehabt, und wir zum ersten Mal und die nachfolgenden Generationen – auch wenn sie mit dem Glück der späten Geburt ausgestattet waren – den ungleich besseren, jedenfalls bis zum Eisernen Vorhang. Dahinter stellt sich das – da wird mir Herr Professor Stourzh beipflichten – zunächst einmal bis 1989 einiges anders dar.

Und daraus ergibt sich nicht nur das Gefühl einer Dankbarkeit dem Schicksal gegenüber – das wär's dann auch schon gewesen – sondern vielmehr der Auftrag und die Verantwortung und die Verpflichtung, so gut man eben kann, obwohl man es selber vielleicht nicht mehr braucht oder wenn man weiter schaut, auch nicht mehr unbedingt erleben wird müssen – also die Bildungsreform möchte ich schon noch gerne erleben, und zwar ziemlich rasch, um das gleich anzubringen – im Interesse der nachkommenden Generationen.

Daher bitte ich das Buchprojekt – das Vorgeschichten hat, aber doch trotz derer sehr eigenständig entstanden ist – nicht als eine vordergründige oder billige Kritik am Bestehenden oder an der Politik – also es ist nicht zu verstehen als ein Politiker-Bashing, das können wir eh jeden Tag lesen, wird ja auch sozusagen masochistisch angeboten, aber das ist eine andere Geschichte – sondern vielmehr als ein Appell bei voller Anerkennung der Erfolge, die wir seit 1945 hatten und die wir durchaus auch in den letzten Jahren verzeichnen haben können, zu verstehen. Schön wäre es, wenn es dabei gelungen sein sollte, der Definition von Franz Kafka von einem guten Buch zu entsprechen, der gemeint hat: *„Man sollte überhaupt nur solche Bücher lesen, die einen*

*beißen und stechen. Wenn das Buch uns nicht mit einem Faustschlag auf den Schädel weckt, wozu lesen wir denn dann das Buch?“*

Nun, also so brutal ist es ja nicht gemeint. Und ich erinnere mich der Empfehlung oder der Weisheit von Bruno Kreisky: *„Fische werden durch Streicheln auch hin.“* – Also eher mit diesem sanften Soft Power-Verständnis zu betrachten.

Nun möchte ich mich recht herzlich nach dem Dank an die Gastgeber auch beim Verlag – vorn sitzt inzwischen der Sohn, zufrieden lächelnd dahinter der Vater – bedanken, ganz besonders bei Herrn Magister Bernhard Ecker, der ganz wesentlich unterstützt hat, das Projekt zu befördern, woraus sich eine sozusagen kongeniale Zusammenarbeit ergeben hat. Also Herr Magister Ecker, recht herzlichen Dank. Wir hatten vorgestern in einer Buchhandlung in Ihrer näheren Heimat, in Vöcklabruck, Gelegenheit, sozusagen auch diesbezüglich zu leben. Ich möchte aber auch meinen drei Damen im Büro, die da immer wieder höchst hilfreich mitgewirkt haben oder mussten, der Frau Dr. Osterode, der Frau Sauer und der Frau Häusler für ihre ständige Unterstützung ein herzliches Dankeschön sagen.

Und nun zu den von Herrn Brandstätter erwähnten ergänzenden und begleitenden Gedanken zum Buch selber:

Durchaus zu Recht können die Schweizer selbstbewusst auf ihr Erfolgsmodell und das ihres Landes blicken und verweisen. In der Tat erreichen sie in nahezu allen wichtigen Bereichen Spitzenpositionen und dementsprechende Bewertungen. Dennoch – fast überraschend – machen sie sich Gedanken, was sie tun müssen, um dieses Erfolgsmodell auch in Zukunft erhalten zu können. So schreibt etwa vor einigen Wochen die Neue Zürcher Zeitung prominent auf der ersten Seite – und ich darf zitieren: *„Danke der Nachfrage, noch geht es gut. Die Schweiz ist im krisengebeutelten Europa eine Insel der Glückseligkeit.“* Also Insel der Seligen waren wir schon, aber die sind eine der Glückseligkeit. *„Bei allem Stolz über das Erreichte darf aber nicht vergessen werden, dass auch hierzulande“*, also in der Schweiz, *„Reformen unabdingbar sind.“* In verschiedener Weise gilt das beispielsweise auch für die skandinavischen Staaten und im Bildungsbereich insbesondere für Finnland.

Wenn nun aber das eben Zitierte für die Schweiz Gültigkeit hat, dann hat es diese umso mehr für unser Land. In den meisten Beurteilungen sind wir nie über das meinetwegen höhere Mittelmaß hinausgekommen, in den letzten Jahren aber sind wir zurückgefallen.

Umso größer ist daher der schon vorher bestandene Aufhol- und Nachholbedarf, umso stärker ist der Reformbedarf.

Dabei soll ja gar nicht bestritten werden – wie ich schon eingangs hingewiesen habe – dass die Zweite Republik eine Erfolgsstory darstellt und Österreich heute zu einem der wohlhabendsten Länder in Europa und damit der ganzen Welt geworden ist, mit einem weit ausgebreiteten Wohlfahrtsstaat. Dennoch ist das Sozialprodukt bei uns nominell nicht sehr viel mehr als die Hälfte des Schweizer und – um es realistischer auszudrücken – zu Kaufkraftparitäten jedenfalls sind die Schweizer 25 Prozent vor uns.

Es ist auch nicht gar nicht zu bestreiten, dass wir in den zurückliegenden fünf Jahren der Bankenkrise und der Krise der Staatsfinanzen und der Wirtschaftskrise zwar einerseits nicht so gut wie die Schweiz oder Schweden abgeschnitten haben, die ihre Hausaufgaben sehr viel früher gemacht haben, aber andererseits auch gar nicht so schlecht – auch das sei nicht in Frage gestellt. Die Exportzahlen – dank einer leistungsfähigen Industrie – spiegeln das ebenso wider wie die guten Tourismusergebnisse. Und immerhin gehören wir zu den zehn größten Tourismusländern der Welt, bezogen auf die Größe des Landes eine gewaltige Zahl. Nur nebenbei: Tirol hat mehr Tourismus als ganz Griechenland. Und als Folge von den beiden Faktoren eine Leistungsbilanz mit seit ungefähr zehn Jahren einem Überschuss – das, Herr Gouverneur, gibt durchaus einmal auf dieser Seite, wenn Sie wollen, einen gewissen Komfort.

Daher muss man schon wohl auch anmerken und unterstreichen, dass wir nicht abgesandelt sind – aber das vielleicht eine unglückliche Wortwahl – aber schon gar nicht, dass unser Land abgewirtschaftet hat. Eine doch befremdliche Behauptung, die damit aber eine Schmähung der Leistung von Millionen berufstätiger Menschen darstellt. Solche Versuche, unser Land unbegründet und damit ungerechtfertigt schlecht zu machen, muss man – Verzeihung – mit aller gebotenen Entschiedenheit zurückweisen.

Allerdings auf der anderen Seite ist niemandem mit rosaroter Schönrederei und populistischer Gesundheitsbeterei nur irgendwie geholfen. Wir haben durchaus insgesamt berechtigten Grund zu Selbstvertrauen, aber Selbstzufriedenheit oder gar Selbstgefälligkeit ist alles andere als angebracht. Aber Grund zu Selbstvertrauen können wir allemal aus den fast 70 Jahren seit Kriegsende in uns selbst haben.

„Uns geht's guat – und morgen?“ war ein kluges Motto einer Veranstaltung im Winter dieses Jahres im kleinen Walsertal. Das eine – nämlich dass es uns gut geht - wird durch den Umstand belegt, dass wir pro Kopf etwa nach den USA weltweit den zweithöchsten Intake mit 3800 Kalorien pro Kopf und Tag haben – aber es soll sich niemand angesprochen fühlen – und dabei noch Tonnen von Lebensmitteln täglich, wöchentlich wegwerfen. Vergleichsweise hatten wir in der Mangelzeit der Nachkriegszeit 1500 Kalorien – Lebensmittelrationierung und Lebensmittelkarten. Schwerarbeiter hatten ein bisschen mehr, so ungefähr 2500. Aber das ist schwer, Kindern und Enkelkindern noch zu vermitteln, wenn man es nicht selbst erlebt hat. Wir haben 4,6 Millionen Pkw und wir haben 6 Millionen oder inzwischen mehr – freut mich sehr, aus anderen egoistischen Motiven – Mobiltelefone. Das soll uns nicht übersehen lassen, dass es dennoch Armut in diesem Land gibt – nicht astronomisch behauptete Zahlen von über einer Million, aber allzu viele, was angesichts der hohen Sozialquote nun alles andere als notwendig wäre. Also das ist wohl auch ein Verteilungs- und damit Gerechtigkeitsproblem. Jeder, der damit zu tun hat, wie ein Bürgermeister wie Dr. Konrad von Leoben oder der Stadtpfarrer Monsignore Plöbst, kann Beispiele dazu anführen.

Allerdings dürfen wir auch andere Entwicklungen nicht übersehen. Vor einigen Monaten hatten wir zu Gast den früheren Ministerpräsidenten Schwedens, Persson. Das war jener, der zuerst als Finanzminister und dann lange Zeit als Premierminister nach der Krise Schwedens Anfang der 90er-Jahre sein Land wieder fit gemacht hat. Ich will Sie mit Zahlen nicht langweilen, es kann jeder den Statistiken entnehmen. Er hat sich gut vorbereitet auf seinen Besuch und auf seine Präsentationen und auf die Diskussionen, die wir mit ihm führen konnte. Und er hat uns aufmerksam gemacht, schaut euch eure Arbeitskosten, schaut euch eure Lohnstückkosten an. Die haben begonnen, euch davonzulaufen im Vergleich zu Schweden, der Schweiz, Deutschland. Deutschland ist für uns nicht Vorpommern, sondern das ist Baden-Württemberg und Bayern. Das trifft aber auch auf die Energiekosten – gut, da haben wir uns jetzt erfolgreich – die Deutschen sind uns da davongezogen, aber dorthin dürfen sie ziehen – sowie durchaus auf die schon nie zu geringen, aber gestiegenen Regulierungs- und Bürokratiekosten zu. Er meinte, dass man da aufpassen müsste. Und das ist notwendig, um unsere Wirtschaftskraft zu erhalten, unsere Standortattraktivität sowie unsere industrielle Basis zu sichern und damit unsere Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten.

Um dies zu erreichen, sind immer wieder und in jedem Betrieb und Unternehmen geradezu täglich, aber insgesamt Maßnahmen und – was die Rahmenbedingungen anlangt – Reformen unabdingbar und diesbezüglich überfällig. Wer nämlich will – und das wollen sehr viele verständlicherweise – dass die Verhältnisse so erhalten bleiben, der muss dann aber auch akzeptieren, dass das nur möglich ist, wenn sich manches – nein, vieles in einer sich so rasant verändernden Umwelt auch ändert. Ein Tempolimit von 80 km/h ist dafür zu langsam.

So erfreulich diese Gegebenheiten ohne Zweifel sind, darf es uns aber nicht blind machen für nicht geringe Schwächen, die wir in wichtigen Bereichen verzeichnen müssen. Die gibt es schon länger und da man bislang nicht bereit war, sie abzuschwächen und abzubauen, sind sie größer geworden. Und wenn man nichts tut, werden sie gefährlich größer. Das ist so wie ein Schneepflug, der dauernd den Schnee vor sich herschiebt, bis er es nicht mehr vor sich herzuschieben vermag. Aber dann ist es schon zu spät.

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wurde unser Land als robuster Zwerg mit Bürokratieballast mit seit Jahren mangelndem Elan bei Strukturreformen charakterisiert. Und man kann bei der Zurückhaltung dieser Zeitung mit hohem Niveau nicht gerade von einer maßlosen Übertreibung sprechen.

Zwar sprach das angesehene amerikanische Magazin für internationale Politik, Foreign Policy, etwa vor zehn Monaten von einem österreichischen Wunder. Es ist sehr schmeichelhaft, in Amerika überhaupt wahrgenommen zu werden. Doch Wunder sind bekanntlich selbst in der Bibel selten und schon gar in der Wirklichkeit. Eher schon könnte man von einem Enigma, also von einem österreichischen Rätsel sprechen.

Ein Enigma allerdings – ein Rätsel also – kann man ja – manches leichter, manches schwerer – sicherlich lösen. Die Lösung des Rätsels mag vielleicht darin bestehen – und das ist schwarze Loch in Österreich, weil das eine mit dem anderen so recht nicht immer ganz zusammenpasst – was in den offiziellen und auch gesetzlichen Rahmenbedingungen sich nicht niederschlägt und daher auch nicht herausgelesen werden kann, dass es in der Realität besser ist als anderswo, weil vieles in Österreich dann doch funktioniert. Geht an sich nicht, ist alles sehr schwierig, aber „schau'ma amol, a bissl geht imma“. In anderen Ländern – und ich könnte das alles mit Beispielen belegen, aber ich will Sie damit nicht langweilen – geht gar nichts.

Irgendwer hat einmal den Unterschied des Worts grundsätzlich zwischen Österreich und Deutschland beschrieben. Wenn es in Deutschland heißt „grundsätzlich geht das nicht“, dann können Sie sich über die Häuser hauen, Wienerisch gesprochen. Wenn's bei uns heißt „na schau'n S', grundsätzlich geht das gar nicht, aber schau'ma amol, a bissl“ – wie vorhin erwähnt, geht dann nicht immer, aber oft doch.

Dennoch wäre es schon längst an der Zeit, dass wir uns einer so genannten SWOT-Analyse unterziehen. Hinter diesem Akronym verbirgt sich Strengths, Weaknesses, Opportunities and Threats, also Stärken und Schwächen, Möglichkeiten und Bedrohungen. Doch genau das wird hartnäckig vermieden. Man spürt zwar im Land, dass etwas geschehen muss, aber man will gleichzeitig, dass nichts geschieht, also nach dem Motto „*Wasch mir den Pelz und mach mich nicht nass*“ eine Art realitätsverweigernder und zukunftsvergessener Biedermeierstimmung in einer Mischung „aus sorgenvoller Zufriedenheit“, wie das der Politologe Peter Filzmaier genannt hat, und raunzender Sorglosigkeit. Diese Grundstimmung scheint historische Bezüge zu haben, irgendwo lässt Nestroy eine Figur sagen: „*Was hat denn die Nachwelt*“ – also die Zukunft, „*für mich getan? Nichts! Genau das tu' ich für sie!*“

Dem trägt die Politik mit entertainmenthaftem und leicht populistischem Followership – der Herr Staatssekretär wird mir das verzeihen – nach dem Motto „*Hier zieht mein Volk, ich muss ihm nach, ich bin sein Führer*“ durchaus gerne Rechnung. Was wir aber längst dringend benötigen, sind Reformschübe in vielen wichtigen Bereichen. Dringend notwendig ist mutiges Leadership, um längst überfällige Reformen in Gang zu bringen, damit Perspektiven zu eröffnen und Orientierung zu geben, Strategien aufzuzeigen, Umsetzungsbereitschaft auf die Waage zu bringen und erst dadurch Zuversicht zu vermitteln und Optimismus zu erzeugen. Im Besonderen benötigen wir – wenn man schon dieses hochtrabende Wort in den letzten Wochen hören durfte – einer Entfesselung der Bildung, und zwar auf breiter Basis, und eine Befeuern von Innovation, was Forschung und Kreativität als Voraussetzung hat. Zukunftsfähigkeit erfordert Qualifikation, wie eben gesagt Kreativität, Investitionen, Inventionen – also grundlegende Erfindungen – sowie Innovationen und deren Umsetzung. Davon allerdings hängt in der Tat ab, ob und wie erfolgreich wir die Zukunft meistern und gestalten können, wie sehr es uns gelingt, damit zukunftsfit und zukunftsfähig zu sein oder – wenn nicht gegeben – zu werden.

Aber auch das mutigste Leadership benötigt zur eben erwähnten entschlossenen Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen der Legitimierung. Diese zu erreichen erfordert Überzeugungskraft, um die Akzeptanz und Zustimmung der Gesellschaft oder der Mehrheit davon herbeizuführen. Diese muss aber letztlich jeder Einzelne beisteuern. Daher sind – wie schon eingangs erwähnt – meine Überlegungen vor allem auch ein Appell an uns alle, an jeden für uns selbst, und schließen in sich ein, dass darin die Generationenverantwortung, aber auch damit verbunden die Generationengerechtigkeit besteht.

Zuletzt wurde auch – muss man ja in einem Wahlkampf nicht so ernst und wörtlich nehmen - insinuiert, dass die Zukunft willkommen sei. Naja, mag sein, dass – wie der Nestroy sagt – die sich freut, die Zukunft – aber kommen wird sie auf jeden Fall. Also mit einer fröhlichen Begrüßung – wir können ja die Salinen-Kapelle ausrücken lassen und Marketenderinnen Schnapserln anbieten und dann vielleicht noch eine Kranzerljungfrau auftreten lassen – ist leider gar nichts zu erreichen. Es geht darum, fit zu sein oder zu werden, um die Zukunft zu meistern und gestalten zu können.

Überdies konnte man auch jüngst plakativ lesen: „Über Bildung reden, heißt über Zukunft reden!“ Ach, wie zutreffend. Leider werden mit Redereien Blockaden und Verhinderungen nicht kompensiert oder überwunden. Was wir brauchen, sind Taten – also ich will da nicht Goethe, Einleitung Faust, zitieren. Selbiger hat im Übrigen gemeint: „Der Erfolg hat drei Buchstaben: T-U-N – tun.“

Schon gar nicht brauchen wir – wenn wir schon Rederei haben – so törichte, wie dass ein breites Angebot an Ganztagschulen etwa eine „Zwangstagsschule“ sein würde nach Ostblock- oder DDR-Manier und man damit eine Verstaatlichung der Kinder herbeiführe. Nach dieser geistvollen Einschätzung wären dann inzwischen die Bundesländer Tirol, Vorarlberg und Salzburg Ostblock-Bundesländer, und erst recht das vorgelagerte Südtirol, dem das nachgemacht wurde. Professor Schilcher erwähnt da immer die Geschichte. Bei der letzten PISA-Studie hat der Landeshauptmann von Tirol gemeint, er lasse sich eine Tiroler Regionalstudie machen, damit er nicht so blöd dasteht wie ganz Österreich. Viertletzter Platz bei einer der höchsten Ausgaben von Bildung. Dann war er entsetzt von dem Ergebnis, weil er unter dem österreichischen Schnitt lag. Und das hat ihn dazu gebracht, seinen welschen Südtiroler Freunden zu folgen und nach 50 Jahren deren Weg einzuschlagen. Inzwischen sind zwei andere Bundesländer dem gefolgt und die Steiermark ist daran, das zu tun. Nebenbei sind dort die Kinder also nicht

verstaatlicht worden. Ganz abgesehen von diesem regionalen Aspekt – die meisten Entwicklungsländer haben längst das Niveau, nebenbei auch die Privatschulen in Österreich, die zehn Prozent der Schüler unterrichten. Also ich würde meinen, da hat man schon gelegentlich zu hören bekommen.

Unser kleines Buch ist der übrigens auch der Versuch, unsere Situation auch in einem historischen Zusammenhang zu beschreiben und als Appell natürlich, nicht nur an die Politik, sondern an jeden von uns zu verstehen. Neben so vielem Bemerkenswerten, was Churchill von sich gegeben hat, hat er einmal gemeint: *„Je tiefer man in die Vergangenheit blickt, desto weiter sieht man in die Zukunft.“* – Und ein italienisches Sprichwort lautet: *„Der Kluge horcht in die Vergangenheit, denkt an die Zukunft und handelt in der Gegenwart.“* Das ist wichtig, weil es so etwas gibt wie ein kollektives Gedächtnis, eine kollektive Erinnerung, ein kollektives Unterbewusstsein. Und alles das zusammen hat nicht geringen Einfluss auf unsere Mentalität, auf unsere Denkweise und unsere Verhaltensweisen.

Und so möchte ich zu den sieben Thesen, die im Buch zu finden sind, quasi sieben Handlungsfelder dazustellen – ganz kurz:

1. Bildung
2. nachhaltige Budgetsanierung
3. Besteuerung
4. Pensionsreform
5. Staats-, Föderalismus- und Verwaltungsreform mit einem Einsparungspotenzial von an die 20 Milliarden, nicht von heute auf morgen, aber over time
6. Energiepolitik und
7. Umweltpolitik

Bevor ich in gebotener Kürze auf diese Handlungsfelder etwas näher eingehe, sei noch der Hinweis gestattet, dass eine der Grundschwächen unseres Landes darin besteht, dass wir einen dem europäischen und globalen Wettbewerb ausgesetzten, höchst erfolgreichen ungeschützten Sektor haben und einen sehr aufwändigen, kostenverursachenden für Dritte und oftmals diesbezüglich auch behindernden geschützten Sektor beklagen müssen. Mit dem Verständnis, dass natürlich eine funktionierende, verlässliche Verwaltung eine ganz entscheidende institutionelle Rahmenbedingung für alle individuellen oder einzelwirtschaftlichen Aktivitäten darstellt. Nach 1989 haben wir diesen Mangel lange Jahre und zum Teil bis heute in den betroffenen Ländern feststellen können.

Aber bevor ich auf diese sieben Handlungsfelder eingehe, noch ein Hinweis – demonstrativ und nicht taxativ auf sieben Widersprüche – also ein bisschen Zahlenmystik, wenn Sie gestatten:

1. Erster Widerspruch: Österreich weist weltweit mit 34 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung die höchste soziale Transferquote auf, was sich natürlich natürlich mit diesbezüglich sprunghaft steigenden Budgetbelastungen auswirkt und gleichzeitig angeblich eine Armutsbedrohung von 15 Prozent der Bevölkerung vorliegt. Dies wäre dann wohl eine grobe Schande und ein Beweis, dass die Treffsicherheit dieser Sozialquote zum Teil unterdurchschnittlich ist, um es wohlwollend zu formulieren.
2. Zweiter Widerspruch: Wir haben eine der höchsten pekuniären Familienförderungen und zugleich eine der geringsten Geburtsraten. Scheint auch nicht gerade das Optimum darzustellen.
3. Dritter Widerspruch: Umschulungen und der Versuch, entgangene Lehrausbildung nachzuholen, verschlingen im Budget 2,4 Milliarden Euro, während alle Universitäten – und deren haben wir 22, also doppelt so viel wie die Schweiz – mit einem Gesamtbudget von 2,8 Milliarden auskommen müssen. Das ist fast ein Drittel weniger als in der Schweiz oder in Bayern.
4. Vierter Widerspruch: Es wird für Studiengebührenfreiheit und freien Zugang zu kapazitätsmäßig limitierten Universitäten gekämpft, aber merkwürdigerweise nicht für adäquate Studienförderung, was viel wichtiger für Chancengleichheit wäre, geschweige denn ein besseres Leistungsangebot, auch ausgedrückt im Betreuungsverhältnis von Professoren zu Studenten. Man vergleiche nur TU Wien, TU München und ETH Zürich, dementsprechend kann man ungefähr erraten, wie sich das in den Universitätsrankings bei allen Bemühungen der Rektoren und der Rektorenschaft und Professoren niederschlägt. Man sieht dabei auch keinen Widerspruch zur Tatsache, dass – nicht überall, aber in manchen Bundesländern – Kindergartengebühren von 100 Euro pro Monat natürlich eingehoben werden, aber Studiengebühren mit Steuerungseffekt von 72 Euro pro Monat unzumutbar sein sollen. Wobei das bei den Fachhochschulen wieder kein Thema ist. Also da häufen sich geradezu die Widersprüche. Dabei gleich eine Anmerkung zur Forschung: Die Forschungsarchitektur ist gar nicht so schlecht. Alles ist verbesserungsfähig, aber davon werden wir – ich meine jetzt den Rat für Forschung, Technologie und Innovation morgen – sprechen, also um die Governance und die Effizienz vielleicht erhöhen zu können. Wir haben eine höchst brauchbare Strategie der Regierung. Die Industriellenvereinigung hat da ganz wesentliche Impulse gegeben, vor allem auch Professor Riemer und sein Nachfolger Dr. Koren wird das fortsetzen. Aber nach dem unheilvollen Beschluss vom 28. September 2008, der das Budget unnötig schwer belastet hat – wenige Tage nach dem Lehman Moment, wie das so schön camouffierend heißt – hat man dann im Dezember die Forschungs- und damit Innovationsdynamik auf Stagnation – oder fast Stagnation – gestellt. Und jetzt – der Bär ist längst noch nicht erlegt – im Vorgefecht wird schon gehandelt, was man wohin und wer die

Forschung bekommen soll. Nun kann man immer alles ändern und es gibt für alles, wenn man's richtig macht, Modelle. Aber der Erfahrung nach – wie mein Stellvertreter und Freund Peter Skalicky bestätigen wird – funktioniert das gar nicht so schlecht. Es wurde eine Task Force zwischen den betroffenen Ministerien eingerichtet. Und ich glaube, wir haben ein bisschen beitragen können, dass das auch sinnvoll und harmonisch funktioniert, um mit den immer zu geringen Mitteln das Bestmögliche machen zu können. Wenn man das jetzt ändern wollte, verliert man natürlich alleine durch die Umstände der organisatorischen Veränderung wieder Kilometer. Und dann können wir uns das Strategieziel für 2020 auch deswegen abschminken. Wir werden das morgen noch mit Deutlichkeit auf der Pressekonferenz sagen.

5. Fünfter Widerspruch, und dies ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit: Österreich hat eine der höchsten Lebenserwartungen, aber zugleich eine der höchsten Invaliditätsraten. Irgendetwas kann dabei nicht stimmen.
6. Sechster Widerspruch: In den 70er-Jahren hatten wir nie mehr als 60.000 Arbeitslose – trotz Krise – und 50.000 Frühpensionisten. Inzwischen haben wir mit Umschulungen 470.000 Arbeitslose und 650.000 Frühpensionisten. Gleichzeitig ist die Zahl der Gastarbeiter deutlich gestiegen. Diese erledigen viele wichtige Arbeiten, und dennoch wird aus allen möglichen Richtungen geschrien: „*Ausländer raus!*“ – Also wenn wir die Ausländer – in dem Fall die Deutschen – aus dem österreichischen Tourismus abzieht, können wir ihn zusperren, weil dort sind 80.000 tätig von ungefähr 180.000 Beschäftigten.
7. Siebenter und damit letzter Widerspruch in dieser Aufzählung: Wir rühmen uns, atomkraftfrei zu sein – das wird meinen Freund Walter Fremuth freuen – aber importieren fröhlich Atomstrom zur Deckung von zehn Prozent unseres Verbrauches entspricht. Es genügt ja schließlich, wenn der Strom aus der Steckdose kommt. Und obwohl das mit Atomstrom nichts zu tun hat, haben wir Hainburg und unzählige andere Wasserkraftprojekte verhindert, wobei bei Hainburg noch zu sagen ist: Hainburg wäre viel wichtiger gewesen aus ökologischen Gründen denn aus energetischen Erwägungen.

Nun kurz zu den Handlungsfeldern, ich habe sie schon aufgezählt.

1. Bildung – ich halte mich kurz. Das Bildungsvolksbegehren hat mit erfahrenen Mitstreitern und unter Berücksichtigung der internationalen zahlreichen Erfahrungen Vorschläge gemacht. Das hat bewirkt – Herr Gastgeber – dass das ins Bewusstsein gerückt ist, aber ein Durchbruch – tut mir leid – ist bis heute nicht erfolgt. Und wie das abläuft, das haben wir ja jetzt wochen- und monatelang – und das geht schon Jahre zurück – an den Verhandlungen um das Lehrerdienstrecht gesehen. Und da geht's nicht um zwei Stunden, das ist ein Scheingefecht. Noch unter der Ministerin Gera konnten 15 Eltern/Schüler eine Ganztagschule verlangen, was nie umgesetzt wurde. Bernd, du wirst mich korrigieren, wenn's nicht stimmt. Und jetzt haben wir beschlossen, dass zwei Drittel der Lehrer zustimmen müssen. Also es ist eh wurscht, weil das eine ist

nicht passiert und das neue verhindert's sowieso. Also so werden wir da nicht besonders weiterkommen.

2. Nachhaltige Budgetsanierung. Das würde jetzt zu weit führen, also die 20 Milliarden habe ich erwähnt. Obwohl wir eine der höchsten und höchst ungleich verteilten Gesamtsteuerbelastungen haben, sind die öffentlichen Haushalte nachhaltig zu sanieren, indem unnötige, ineffiziente, verzockende und geradezu missbräuchliche Ausgaben beseitigt werden. Beispiele hierfür sind die Förderung von Biotreibstoff oder die irrwitziges Pendlerpauschale bei noch dazu geringstem Treibstoffpreis aller Nachbarländer, die Zockerei von Landeshypothekenbanken – davon will ich nicht reden, um nicht meinem Freund Klaus Liebscher unnötige seelische Schmerzen zu bereiten – oder schließlich der missbräuchliche Unfug der Hacklerregelung, die schon zwei Milliarden kostet. Dies alles bei einem der niedrigsten Pensionsantrittsalter und Rekordwerten bei der Frühpensionierung, vor allem im öffentlichen Bereich. Dieses vergeudete Geld ist der Hauptgrund, warum wir mit den hohen Steuereinnahmen nicht auskommen. Daher ist die Staatsschuld inklusive der Schattenschulden sprunghaft gestiegen und daher steht für Zukunftsaufgaben und Zukunftsinvestitionen zu wenig Geld zur Verfügung. Und diese Schieflage wurde nicht erst durch die Krise ausgelöst, sondern ist längst davor entstanden, woran die die Verschleuderung von Volksvermögen auch nichts ändern konnte. Was die Zukunftsinvestitionen anlangt, muss klar sein, dass die Einsicht gelten muss: „Wer nicht sät, kann nicht ernten und ewig kann man nicht von der Ernte früherer Aussaaten leben.“
3. Geringere und vernünftiger Beststeuerung. Ja, das ist sogar ein Thema des Wahlkampfes gewesen oder davor und wahrscheinlich auch danach. Nun, dass die Steuerprogression irrwitzig ist seit zehn Jahren mit einem Einstiegssteuersatz – glaube ich – von 36 Prozent, brauchen wir nicht diskutieren. Dafür zahlt die Hälfte der Steuerpflichtigen überhaupt keine Lohnsteuer, dafür haben wir eine schwindend geringe Grundsteuer, das ist etwa eine Vermögenssteuer, von der Mineralölsteuer habe ich schon gesprochen. Und dann haben wir großartige Ideen gehabt – du verzeihst mir – wir haben eine Wertpapierzuwachsabgabe, die hat voriges Jahr zwölf Millionen gebracht, heuer wird's ein bisschen mehr werden. Also das bringt nicht einmal die Einhebungskosten, aber hat durchaus der österreichischen Börse einen Tritt gegeben, weil die internationalen Investoren sich vertschüsselt haben. Was man ablesen kann, wenn man den ATX der Wiener Börse beispielsweise mit dem DAX in Frankfurt vergleicht. Der ATX hat sich kaum von seinem krisenbedingten Tiefststand erholt, der DAX mehr als verdoppelt. Und dann gibt's noch eine Immobilienspekulationssteuer, die wir eh schon immer hatten, jetzt aber auch noch verschärft. Die hat auch voriges Jahr satte zehn Millionen, im ersten Halbjahr 2013 90 Millionen Euro gebracht, also das hat das Budget natürlich zur Konsolidierung und Sanierung weit nach vorne gebracht. Im Übrigen will man jetzt durch andere Vermögenssteuern oder Wiedereinführung drei Milliarden bringen. Die Vermögenssteuer, die 1993 abgeschafft wurde, erbrachte rund 70 Millionen Euro und traf in erster Linie die Betriebe und deren Investitionen. Sie wurde durch die Kapitalertragssteuer vulgo Spargbuchsteuer

ersetzt, die ein Vielfaches einspielte.

Wenn ich alle Vermögenssteuern – nämlich die alte Vermögenssteuer und die dann später abgeschaffte Erbschafts- und Schenkungssteuer – zusammenrechne, komme ich auf ungefähr 500 Millionen. Wie man jetzt mit einer wesentlich verkleinerten Bemessungsgrundlage drei Milliarden generieren will, hat noch niemand erklären können. Nicht einmal mit einer hundertprozentigen Enteignung – und diese wäre dann auch nur einmalig – ist dies zu erreichen und stellt damit eine steuerpolitische Fata Morgana dar. Da möchte ich nur anmerken: Steuerpolitik ist mehr als – meine Berufskollegen verzeihen mir – Steuerjuristerei, das hat auch was mit Steuerökonomie, verstanden als Verständnis für die Wirkung von Steuern im konkreten Leben zu tun.

4. Längst notwendige Pensionsreform. Sie haben eine Studie angeführt, das ist eine von 100.000. Professor Marin wird nicht müde, darauf hinzuweisen – andere auch, Professor Rürup aus Deutschland war da und hat schon ein Gutachten fürs Sozialministerium gemacht. Aber wir haben ja kein Problem. Wir werden zwar immer älter, wir haben eine der höchsten Lebenserwartungen auf der Welt, allerdings auch eine der höchsten Invalisierungsraten. Das ist auch so ein Widerspruch. Also obwohl wir viel kränker sind als alle anderen, werden wir viel älter. Das ist schon ein Kunststück, oder? Dieser Spaß kostet aber Milliarden mit explosionsartig steigender Belastung des Budgets. Also da ist wohl einiges zu tun, auch aus Generationengerechtigkeit. Weil wir uns sonst den Vorwurf der Jungen gefallen lassen müssen: Ihr Älteren hattet die Party, die wir bezahlen müssen. – Nun gut, das hat alles schon so einen Bart.

Wir werden erfreulicherweise und in vergleichsweise gesunder Form immer älter und gehen immer früher in Pension. Die Folge davon ist, dass die Pensionsbezugszeit von zwei Jahren bei Einführung des ASVG auf inzwischen das mehr als Zehnfache gestiegen ist und dementsprechend die Budgetbelastungen weiterhin ungebremst explodieren. Von den zunehmend negativen Konsequenzen für den Arbeitsmarkt – da sich nämlich die Geburtenrate halbiert hat – abgesehen, stellt das eine schwere Generationsungerechtigkeit dar. Und es ist einfach Realitätsverweigerung zu behaupten, dass ohnehin alles im Griff wäre. Die Budgetzahlen und die steigenden Zahlen der Staatsverschuldung sprechen hier eine andere Sprache.

5. Präsidentin Prammer, der wir bei ihrem Kampf alles Gute wünschen – Staatsföderalismus- und Verwaltungsreform, hat sie gesagt, das haben wir schon seit Beginn der 20er-Jahre. Und wenn ich von den erfolgreichen Bemühungen der Steiermark absehe, haben wir nicht wahnsinnig viel weitergebracht, obwohl die Vorschläge alle beschlussreif in den verschiedenen Schubladen – in dem Fall hauptsächlich des Bundeskanzleramts – lagern. Wir haben unzählige Parallelstrukturen, Zersplitterungen, die alle nur Geld kosten und wirklich nicht besonders leistungsfreundlich sind. Wenn ich daran denke, dass wir 83 Bezirkshauptmannschaften haben, die haben 7000 Beschäftigte – alles nicht unterausgestattet, dann frage ich mich, wieso es dann noch zehnmal so viele Landesbeamte gibt – 70.000. Das sind mehr als im Bund, und der hat auch nicht zuwenig, wenn ich nur an den Überbestand beim Bundesheer denke. 24.000 Verwaltungsbeamte für 11.000 Wehrdiener. Die Schweiz kommt mit 8000 aus. Da

ist schon ein ganz schönes Einsparungspotenzial. Aber wir haben auch 94 Kasernen – ich weiß nicht, haben die den Golan-Rückzug abgesichert oder sowas – und neun Militärkommandos und ähnliche Scherze. Und dann haben wir noch 125 Bezirksgerichte, weil ein Bezirksgericht braucht man ja täglich, so wie einen Bäcker oder einen – na, Fleischhauer gibt's eh keine mehr. Und dann haben wir unzählige Kleinstgemeinden und das Gleiche gilt für die Schulen – damit höre ich schon auf. Und dann kommen noch 22 – bist mir nicht böse – Sozialversicherungsanstalten dazu. Das braucht ja alles Infrastruktur und Personal usw.

Die Verzögerung der vorgesehenen Maßnahmen kostet uns jedes Jahr Unsummen, wir leiden unter Überregulierung, einer zu hohen Bürokratiedichte, widersprechenden Parallelaktivitäten (der Förderungsdschungel von 500 Förderungsangeboten nur zur Demonstration) und Zersplitterungen. Ebenso haben wir zu viele Kleinstspitäler auf zu engem Raum mit zu vielen Akutbetten (Österreich 64.000, Schweiz 39.000, Bayern 76.000 bei 50 Prozent mehr Einwohnern) und zu langer Belegdauer, die allesamt gar nicht in der Lage sind, die entsprechenden medizinischen Leistungen zu erbringen. Und wir haben viel zu viele kleine Gemeinden. In den 76 Städten leben fast vier Millionen Einwohner und in den verbleibenden 2200 Gemeinden rund 4,5 Mio. Dies gibt eine durchschnittliche Einwohnerzahl von 2000, davon ein nicht geringer Teil unter 500 Einwohner. Das sind weitere Beispiele für kostenaufwändige Zersplitterungen mit zu geringen Leistungsangeboten.

6. Energiepolitik – da haben wir 27 EVUs. Wir haben 27 EVUs. Zu einem Drittel nutzen wir nicht unser sauberes und erneuerbares Wasserkraftpotenzial, dafür importieren wir teures Erdgas und jede Menge Erdöl, womit eine entsprechende Umweltbelastung verbunden ist. Seit 2003 sind wir Nettostromimporteur mit entsprechender Belastung der Handelsbilanz, die ansonsten ausgeglichen sein könnte. Aber wir haben 27 EVUs, die dann allenthalben noch Schief lagen von Landeshypothekenanstalten ausgleichen müssen.

Ich bin schon darauf zu sprechen gekommen, wir verhindern nahezu jeden Neubau eines Kraftwerkes oder die Fertigstellung der 380er kV-Ringleitung, damit das effizienter transportiert werden kann.

7. Umweltpolitik. Das alles hat Auswirkungen auf die Umwelt, daher sind wir bei der Erreichung der Umweltziele nicht gerade an vorderster Stelle zu finden. Der Environment Performance Index spiegelt das wider. Aus den angeführten Gründen verfehlen wir bei weitem die Kyoto-Ziele. Nun kenne ich den Einwand „ja das ist ja alles nicht durchsetzbar“. Warum versucht es gerade die Steiermark derzeit erfolgreich, oder warum haben dies die Schweden unter Persson erfolgreich getan, die Schweizer zu Beginn des vorigen Jahrzehnts oder Deutschland unter Schröder mit der Agenda 2010, wovon Angela Merkel heute noch, wie sich zeigt, erfolgreich zehren kann. Also diese Ausrede kann man einfach nicht gelten lassen.

Bevor ich zum Schluss komme, meine Damen und Herren, noch eine kurze Bemerkung zu Europa. Wir haben hier, nachdem wir es allzu lange vernachlässigt, die Menschen

über die Bedeutung der europäischen Integration aufzuklären, was wir 1994 und auch noch vor Einführung getan haben, aber dann nachgelassen. Wir haben damit ein Vakuum geschaffen, so alle merkwürdigen Gestalten nicht nur bei uns sich herumtummeln. Und das führt zu einer Renationalisierung. Da möchte ich nur soviel sagen: ohne Europa keine Zukunft – das wäre die Kurzformel, in einem Zitat von Mark Twain zum Ausdruck gebracht: *„Either we'll hang together or we'll hang separately.“* Das können wir uns gerade noch aussuchen.

Eine Anmerkung zu den Wahlen in Deutschland und zu den bevorstehenden bei uns und noch einmal zum Thema Europa. Was wir uns wünschen und was wir brauchen, ist ein nationaler Schulterschluss, eine Reformpartnerschaft statt einer Gezänkepartnerschaft. Was wir brauchen, sind Perspektive, Strategie und Umsetzungsentschlossenheit, damit werden wir den Menschen und vor allem der Jugend Orientierung, Zuversicht, Optimismus und Leistungsmotivation geben, um selbstbestimmt einen erfolgreichen Lebensweg zu beschreiten.

Und damit darf ich zum Schluss kommen. Ich entschuldige mich, dass ich Ihre Aufmerksamkeit so lange in Anspruch genommen habe. Was wir brauchen und warum wir's brauchen, habe ich gesagt – mit der resignativen Einstellung, wie sie Grillparzer in seinem Stück den Matthias sagen lässt: *„Das ist der Fluch von diesem edlen Haus“*, heute Politik, *„auf halben Wegen zu halber Tat mit halben Mitteln zauderhaft zu streben.“* – Ja, wenn wenigstens gestrebt würde. Das müssen wir dringend überwinden und dem Motto des weiter zurückliegenden Ausspruchs (1684) des Philip Wilhelm von Hörnigk folgen: *„Österreich über alles, wann es nur will.“*

Dieses Wollen wird uns aber niemand abnehmen. Mit diesem muss sich aber auch jeder Einzelne einbringen. Nur mit der Ausrede auf die Politik – was immer deren zukunftsgestaltende Aufgaben natürlich sein mögen – werden wir die Zukunft allerdings nicht erfolgreich bewältigen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.